



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

das **Demonstrationsrecht** ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein hohes Gut. Die Union achtet und schützt dieses Recht. Neben einer großen Zahl friedlicher Demonstranten waren bei den Protesten in **Gorleben** aber auch solche zu beobachten, die gezielt schwere Straftaten begangen haben. Wer mit Steinen wirft, Schienen lockert oder Brandsätze auf Fahrzeuge wirft, gefährdet das Leben anderer Menschen und überschreitet damit eine Grenze, die unter keinen Umständen überschritten werden darf. **Wir erwarten deshalb von den Grünen, die prominent vor Ort vertreten waren, das klare Bekenntnis, dass sie sich von Gewalt und Rechtsbruch distanzieren.** Der Satz: „Man habe nicht zur Gewalt aufgerufen“ reicht nicht. Wir erwarten ferner, dass die Grünen auch in der Opposition ihrer Verantwortung gerecht werden. Die Rücknahme des kerntechnischen Abfalls aus Frankreich ist ein Gebot überparteilicher Verantwortung. **Die Castor-Transporte wurden auch unter Rot-Grün durchgeführt und damals von Umweltminister Trittin mit den Worten verteidigt, dass die Grünen gegen die Transporte „in keiner Form sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren“ sollten, denn schließlich seien die Voraussetzungen für den Transport gegeben.** Heute erinnern sich die Grünen nicht mehr an ihre Worte von damals und fahren den Demonstranten mit dem Traktor vorweg. Wer so handelt, kann keine Verantwortung für unser Land übernehmen. Sie demonstrieren in Stuttgart für eine oberirdische, zeitgleich an der Rheintalbahn für eine unterirdische Streckenführung. Sie sind für Windkraft, aber gegen Stromtrassen. Sie sind für regenerative Energien, aber gegen Wasserkraftwerke. Sie sind gegen das Abholzen von 25 Bäumen im Stuttgarter Schlossgarten, aber ein ganzer Wald darf schon mal fallen, wenn sich mit den Stämmen die Straße nach Gorleben verbarrikadieren lässt. Mit dieser Beliebigkeit ist kein Staat zu machen!

Nachdem sich die Linkspartei ohnehin als ernstzunehmende politische Alternative ausschließt, die SPD unter dem Wendehals Gabriel weiter in die Bedeutungslosigkeit verschwindet, verabschieden sich nun auch die Grünen aus dem Spektrum seriöser Diskussionspartner...

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Presse

NOZ-Bericht vom 4.11.2010:

In Osnabrück bald 2160 Jobs für Autobauer?

mey **OSNABRÜCK.** Als „weiteren wichtigen Erfolg für den Neustart des Automobilstandortes Osnabrück“ hat der Osnabrücker CDU-Bundestagsabgeordnete Mathias Middelberg die von den beteiligten Parteien auch gestern noch nicht bestätigte Übernahme der Dachsparte des insolventen Cabriobauers Karmann durch den finnischen Zulieferer Valmet bezeichnet. Durch seine Einbindung in den finnischen Großkonzern Metso sei Valmet „vor allem ein finanzstarker Partner, der damit Stabilität“ für die bisherige Karmann-Dachsparte mit 360 Mitarbeitern sichere.

Vor wenigen Tagen hatte VW-Chef Martin Winterkorn angekündigt, sein Konzern wolle im Frühjahr 2011 in Osnabrück mit der Produktion des neuen Golf-Cabrios beginnen und auf dem ehemaligen Karmann-Gelände 1800 neue Arbeitsplätze schaffen. Sollte Valmet alle Mitarbeiter der bisherigen Karmann-Dachsparte übernehmen, wären dort insgesamt schon 2160 Autobauer-Jobs gesichert. Die Vermutung eines Gegengeschäfts mit VW hält Middelberg für „Unsinn“.

VW-Chef Winterkorn in Osnabrück



Mathias Middelberg begrüßt Ministerpräsident David McAllister. Rechts: Gerd Schrader, stellv. Betriebsratsvorsitzender. Beide Fotos: Volkswagen Aktiengesellschaft

VW-Chef Prof. Martin Winterkorn besuchte die VW Osnabrück GmbH, die alte Karmann-Fabrik. Ab Frühjahr 2011 rollt hier das neue Golf Cabrio vom Band. Mit dabei: Ministerpräsident David McAllister, der stellv. Betriebsratschef Gerd Schrader und Mathias Middelberg. Alle betonten die Rolle Christian Wulffs. Ohne die Abwehr des Übernahmeversuches von VW durch die Porsche AG hätte es ein Engagement des VW-Konzerns bei Karmann nicht gegeben. Mathias Middelberg hatte diesen Abwehrkampf in der Staatskanzlei organisiert. Das Manager-Magazin sprach vom „heimlichen Kopf“ hinter der Auseinandersetzung VW/Porsche.



Mathias Middelberg, VW-Vorstandschef Prof. Dr. Martin Winterkorn und Ministerpräsident David McAllister im Gespräch mit VW-Personalchef Dr. Horst Neumann.

McAllister in der Georgsmarienhütte

Bei einem Besuch des Stahlwerks Georgsmarienhütte begrüßte Ministerpräsident David McAllister die **Entlastung energieintensiver Unternehmen bei der Ökosteuer**. Mathias Middelberg hatte sich für den Erhalt des er-



Betriebsratsvorsitzender Ludwig Sandkämper, Mathias Middelberg, David McAllister, Stahlwerksleiter Michael Jünemann, Geschäftsführer Peter van Hüllen, Martin Bäumer

mäßigsten Steuersatzes für energieintensive Betriebe stark gemacht. **Die energieintensiven Unternehmen sind im Osnabrücker Land besonders reichlich vertreten. Entlastet bleiben: Papier-, Glas- und Stahlindustrie und viele Mittelständler, z. B. Tischlereien, Metallbauer oder Gärtnereien.**

Reden im Bundestag

In der letzten Sitzungswoche sprach Mathias Middelberg in der Kernzeitdebatte am Donnerstagvormittag zu den Themen „Änderung des Übernahmerechts wegen Hochtief“ und „Kommunalfinanzen“. – Die Reden mit Links zum Video-Archiv des Deutschen Bundestages finden Sie unter:

www.mathias-middelberg.de/themen/plenum/



Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am **Dienstag, 7. Dezember 2010**, von **14:00 bis 16:00 Uhr**, im Wahlkreisbüro Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück statt. Interessierte Bürger sind herzlich eingeladen. Um kurze Voranmeldung im Wahlkreisbüro wird gebeten.

Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
mathias.middelberg@wk.bundestag.de

www.mathias-middelberg.de